

Die strategische Rolle der EU im Osten Europas aus polnischer Sicht

Dominik P. Jankowski, Büro für nationale Sicherheit, Warschau

Polen betreibt eine aktive Politik in Osteuropa, unterstützt den demokratischen Wandel im Osten, weil es die nächste Nachbarschaft der EU ist. Deswegen will Polen, dass Osteuropa ein Gebiet der Stabilität, des wirtschaftlichen Wohlstands, der Menschenrechte, der politischen Innen- und Außenstabilität ist. Nur die Einrichtung einer Zone der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantiert eine dauerhafte Stabilität in der Region.

Die Sicherheitspolitik bleibt eine der Kernfragen der polnischen Ostpolitik. Nach Einschätzung Polens konnte man seit 2010 eine Verschiebung der Aufmerksamkeit und der Beteiligung der EU gegenüber dem afrikanischen Kontinent beobachten. Dies wird besonders im Bereich der Sicherheitspolitik deutlich. Man könnte fragen, warum die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Osteuropa von der EU angegangen werden sollten. Die einfachste Antwort ist, dass kein anderer Kandidat für diese Rolle besser geeignet oder verfügbar ist.

NATO wird für diese Funktion ungeeignet, da seine Position im Jahr 2008 beschädigt wurde, als keine kategorische Antwort auf die Aggression gegen Georgien – ein Land mit Aussicht auf der Mitgliedschaft – gab. Außerdem hat die Allianz jetzt andere Prioritäten.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bleibt von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsstaaten gelähmt. Dies wurde auf dem Gipfel in Astana (Kasachstan) im Jahr 2010 bestätigt, wo keine Fortschritte auf dem Gebiet der Sicherheit in Osteuropa erzielt wurden. Die OSZE ist immer noch eine wertvolle Plattform für die Debatte über die Sicherheit. Da dessen Bild durch seine Unfähigkeit der "eingefrorenen Konflikte" in dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion getrübt ist.

Die Situation in Osteuropa ist von mindestens sechs Schlüsselentwicklungen geprägt.

Die erste ist die wirtschaftliche Unsicherheit und die anhaltenden Auswirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in den Jahren 2008 und 2009, sowie die Angst vor einer neuen Welle der Krise.

Die zweite Entwicklung ist eine allgemeine Senkung der Bedeutung der Region auf der geopolitischen Karte der Welt, was unter anderem von der internationalen Gemeinschaft den Schwerpunkt auf die Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten und einem "Reset" in US-Russland-Beziehungen ausgeht.

Die dritte ist das Wachstum der Durchsetzungsfähigkeit in der russischen Regionalpolitik und die Unterbreitung neuer Integrationsprojekte in der wirtschaftlichen und politischen Sphäre Moskaus – der Gemeinsamen Wirtschaftsraum und die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft.

Die vierte ist die Revitalisierung der von Russland geförderten regionalen militärischen Zusammenarbeit, sowohl auf multilateraler (Collective Security Treaty Organisation) Ebene als auch in bilateralen Formaten (einschließlich Verlängerung der Stationierung russischer Militärbasen in Armenien und der Ukraine bis 2050, die rasche Entwicklung von Basen auf georgischem Territorium und mögliche Abkommen dieser Art in Belarus).

Die fünfte liegt in den andauernden innenpolitischen Konflikten in einigen Ländern und die zunehmende Attraktivität für autoritäre Konsolidierung der Macht.

Ein sechster Faktor ist die eigentümliche Außenpolitik der lokalen politischen Eliten, oft unter Einbezug solcher vagen Parolen wie "Multi-vectorality" oder "Non-Alignment".

Die Intensivierung dieser negativen Tendenzen in Osteuropa, ist eine langfristige Bedrohung für die europäischen Interessen im politischen und wirtschaftlichen Bereich und untergräbt die Grundlagen der europäischen Sicherheit. Das Ignorieren dieser Herausforderungen ist eine Rücksichtslosigkeit, welche die EU sich nicht erlauben sollte.

Der "Arabische Frühling" dient als überzeugender Beweis, dass sich die Kosten der Passivität und Untätigkeit als höher als die Kosten der aktiven Beteiligung herausstellen können. Wie Przemysław Grudziński, der ehemalige Botschafter Polens in den Vereinigten Staaten und der Ständige Vertreter Polens bei der OSZE heutzutage, in seinem Buch „Intelligent Staat: Polen auf der Suche nach einer internationalen Rolle“ richtig bemerkt hat: „intelligente Politik in den internationalen Beziehungen bedeutet vor allem eine Strategie die man "agieren, agieren, agieren" nennen kann“. In dem Fall wartet man nicht um ein Signal von den Anderen zu bekommen um zu reagieren.

Eine intelligente EU-Politik gegenüber Osteuropa sollte sich sowohl von einer angemessenen Interpretation der Fakten und die Beziehungen zwischen ihnen, als auch vom Verständnis der Psychologie der anderen Parteien, vor allem aber vom Verständnis der EU-eigenen Interessen leiten lassen. In der breit angelegten Sicherheits-Sphäre sollte die EU-Politik auf drei grundlegenden Richtlinien basieren.

Erstens ist es notwendig, klischeehaften Denkmuster hinter sich zu lassen. Die Behauptungen über die vollständige Unwirksamkeit der Maßnahmen der EU in Osteuropa und der marginalen Bedeutung dieser Region für Europa sind falsch. Die europäischen Eliten sollten sich dessen bewusst sein, wenn sie die zukünftigen Aktivitäten in Osteuropa planen.

Zweitens, mehr Koordination der EU-Instrumente in der Sicherheitspolitik – wie die GSVP, die diplomatischen Mitteln oder die vertrauensbildenden Maßnahmen – mit Instrumenten der "weichen" Macht in der Region (diese Rolle wird derzeit vor allem durch die Verhandlungen über die Assoziierungsabkommen und Vereinbarungen über die teilweise oder vollständige Freihandelszonen gespielt).

Und drittens muss die EU den Vorteil, dass sie in der Lage ist, als "ehrlicher Makler", und damit als neutraler Spieler zu handeln, der nicht direkt in die laufenden Konflikte verwickelt ist. Dies ist wichtig, weil die Modelle der regionalen Stabilität die zum Beispiel durch Ankara und

Moskau präsentiert wurden, sich in diesem Zusammenhang für viele Länder Osteuropas inakzeptabel erwiesen. Deshalb bleibt das EU-Modell attraktiv. Es basiert auf der Annahme, dass die wirtschaftlichen und politischen Normen der EU nach Osten ausgebreitet würden.